



Mitteilung

22. August 2017

Volksinitiative «Eine Fremdsprache auf der Primarschule»: Regierungsrat und Kantonsrat empfehlen Ablehnung

Am 24. September 2017 entscheiden die Luzerner Stimmberechtigten über die Initiative, die eine Fremdsprache an der Primarschule fordert. Der Regierungsrat und der Kantonsrat empfehlen, die Initiative abzulehnen. Luzern soll keine Sprachinsel werden. Zudem würde die Umsetzung der Initiative die Luzerner Schülerinnen und Schüler benachteiligen und hohe Kosten verursachen.

Die Volksinitiative «Eine Fremdsprache auf der Primarstufe» wurde von einem überparteilichen Komitee eingereicht und verlangt, dass an den Luzerner Primarschulen nur noch eine Fremdsprache unterrichtet wird – ob Französisch oder Englisch, lässt die Initiative offen. Die Initianten sind der Ansicht, dass sich der Unterricht von zwei Fremdsprachen in der Primarschule im Kanton Luzern nicht bewährt habe. Lernende seien mit zwei Fremdsprachen überfordert, die Sprachkompetenzen seien unbefriedigend. Gleichzeitig leide das Erlernen des Hochdeutschen darunter. Auch liege in der Primarschule der Fokus zu stark auf den Sprachen, Fächer wie Mathematik und Naturwissenschaften würden vernachlässigt. Sprachlektionen auf der Oberstufe seien effizienter als in der Primarschule.

Der Kantonsrat hat die Initiative mit 72 gegen 42 Stimmen abgelehnt und ist damit dem Antrag des Regierungsrates gefolgt. Die Luzerner Stimmberechtigten befinden am 24. September über die Initiative.

Hohe Kosten und neue Reformen drohen

Bildungsdirektor Reto Wyss stellte heute an einer Medienkonferenz die Volksbotschaft zur Abstimmung vor. Er erläuterte dabei die Gründe, weshalb die Initiative aus der Sicht der Regierung und des Kantonsrats abzulehnen sei.

Luzern würde sich ins Abseits manövrieren, denn in allen Deutschschweizer Kantonen und insbesondere in der Zentralschweiz wird das Zwei-Sprachen-Modell auf der Primarschule angewendet. «Die Annahme der Initiative widerspricht der in

der Bundesverfassung verankerten Harmonisierung der Volksschule. Luzern soll keine Sprach-Insel werden. Zudem würde ein Ja zur Initiative die Mobilität der Familien behindern, den Austausch von Lernenden erschweren und die Luzerner Lernenden bei der Suche nach Anschlusslösungen benachteiligen», argumentiert Bildungsdirektor Reto Wyss.

Die Regierung und der Kantonsrat wollen das Zwei-Sprachen-Modell beibehalten und mit Hilfe des Lehrplans 21 den Unterricht in den Fremdsprachen sowie im Fach Deutsch weiter optimieren. Die zweite Fremdsprache soll nicht in die Sekundarschule oder in das Gymnasium verschoben werden. Sonst würde die Sekundarschule sehr sprachenlastig, was der Strategie, die sogenannten MINT-Fächer ab der 7. Klasse zu stärken, widerspreche. Sofern im Kanton Luzern nur noch eine Fremdsprache in der Primarschule unterrichtet werden dürfte, müsste das – insbesondere aus Gründen des nationalen Zusammenhalts – Französisch sein, so Reto Wyss.

Durch die Annahme der Initiative würden zudem kostenintensive Anpassungen nötig: Lehrplan und Wochenstundentafeln der Primar- und der Sekundarschule müssten angepasst, neue Lehrmittel erarbeitet sowie Lehrerinnen und Lehrer weitergebildet werden. Dies käme einer weiteren Reform gleich, die Umsetzung verursache Kosten in Millionenhöhe.

Bekenntnis zu früher und altersgerechter Sprachförderung

Der Regierungsrat und der Kantonsrat empfehlen am 24. September 2017 die Initiative «Eine Fremdsprache auf der Primarschule» abzulehnen. So bleibt der Kanton Luzern bildungspolitisch im Gleichschritt mit den anderen Kantonen und bekennt sich zu einer frühen und altersangepassten Sprachförderung.

Anhänge

- [Volksbotschaft zur Volksinitiative «Eine Fremdsprache auf der Primarstufe»](#)
- [Link zum Video](#)



Kontakt

Regierungsrat Reto Wyss
Bildungs- und Kulturdirektor
Tel. 041 228 52 01
reto.wyss@lu.ch

[Impressum](#) | [Disclaimer](#)

[Newsletter verwalten](#) | [Abmelden](#)

Staatskanzlei Luzern | www.lu.ch
